



Strem-Skandal:
„Wo hat LH-Stv. Franz Steindl hingeschaut?“, fragt sich nicht nur SP-Klubobmann LAbg. Christian Illedits. Die Rolle der Gemeindeaufsicht ist in diesem Finanzdebakel hinterfragenswert, der entstandene Schaden enorm. S. 4

SPÖ und Gemeindevertreter: „Wir kämpfen um Post-Arbeitsplätze!“ S. 2

„Schließung von Postämtern muss verhindert werden!“



v. l.: Bgm. Alfred Grafl (Schattendorf), Bgm. Josef Hälper (Rotenturm), Bgm. Herbert Woschitz (Hornstein), Bgm. Harald Weiss (Rust), Bgm. Hans Frank (Klingenbach), NR Gerhard Steier, Bgm. Matthias Gelbmann (Andau), Vzbgm. Dietmar Csögl (Steinbrunn), KO Christian Illedits, Bgm. Klaus Mezgolits (Steinbrunn), Bgm. Josef Wüger (Andau), Bgm. Klaus Schütz (Kobersdorf), Bgm. Helmut Sampt (Minihof-Liebau), Post-Gewerkschafter Martin Palensky, Vzbgm. Erich Weisz (Nickelsdorf)

Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland,

LAbg. Bgm. Ernst Schmid, und sein Team

wünschen allen GemeindevertreterInnen ein schönes und frohes Osterfest!

Kommentar



Mag. Herbert
MARHOLD
LGF
GVV Burgenland

Bundesabgabenordnung ab 2010 auch für Länder und Gemeinden

Am 1.1.2010 soll die Abgabenverwaltung durch ein Abgabenverwaltungsreformgesetz vereinheitlicht und reformiert werden. Eine Änderung des Finanz-Verfassungsgesetzes, die 2007 vorgenommen wurde, schafft dafür die Voraussetzungen: Landesrechtliche Verfahrensbestimmungen treten daher mit dem 1.1.2010 außer Kraft.

Von diesem Zeitpunkt an soll die BAO auch für die Erhebung der Landes- und Gemeindeabgaben durch Abgabenbehörden der Länder und Gemeinden gelten. Sonderbestimmungen für die Länder sollen als Ausnahmen nur noch dort gelten, wo dies unbedingt erforderlich ist.

Insgesamt sind mehr als 100 Sonderregelungen notwendig, etwa deswegen, weil die geringere Höhe von Landes- und Gemeindeabgaben andere, von der BAO abweichende Bagatellbeträge erfordert. Das BMF schätzt den einmaligen Umstellungsaufwand bei Kommunen auf 2,5 – 3,5 Mio. Euro und beim Ressort auf 10.000 Euro. Die Kommunen sollen, so das BMF, jährlich Einsparungen von 150.000 Euro erwirken können. Beim Wartungsaufwand rechnet das BMF mit jährlichen Mehrkosten von 75.000 Euro.

Nach unseren Berechnungen stehen die Kosten des Bundes in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zu jenen der Gemeinden, die um das 300-fache höher belastet werden. Die daraus resultierenden Einsparungen erreichen vernachlässigbare Werte.

Der österreichische Gemeindebund wird, auch auf Anregung der Landesverbände, eine Übernahme von Aufwendungen durch die Kommunen in dieser Höhe entschieden ablehnen. Auch nach Befassung von Experten mit der Novelle sind Fragen über Höhe und Kausalität der Kosten nicht nachvollziehbar.

Jedenfalls sind wir als Gemeindevertreter nicht bereit, Umstellungskosten in einem solchen Ausmaß zu übernehmen. Außerdem wird von den Verbänden angeregt, § 229 Abs. 1 BAO auch im Sinne einer Vereinheitlichung der allgemeinen Bestimmungen und des Verfahrensrechts bezüglich der Bundes-, Landes- und Gemeindeabgaben zu überdenken.

Mag. Herbert Marhold

SPÖ und Bürgermeister: Hände weg von unseren Postämtern!

Druck auf Post-Chefs und Finanzminister!

„Hände weg von unserem Postamt!“ – Unter dieser Devise trafen Vertreter der SPÖ, der Post-Gewerkschaft und betroffene Bürgermeister in Steinbrunn zusammen, um gegen die Schließung weiterer Postämter im Burgenland zu protestieren.

Nach den Schließungswellen in den Jahren 2000 bis 2006, die im Burgenland 63 Postämter getroffen haben, stehen jetzt weitere 14 Filialen vor dem Aus. „Die SPÖ lehnt dieses Kürzungsvorhaben ab, weil es die Grundversorgung in den Gemeinden gefährdet und weitere Arbeitsplätze kosten wird“, betonten Klubchef Christian Illedits und GVV-Präsident Ernst Schmid. Die betroffenen SPÖ-Bürgermeister von Steinbrunn, Klingenbach, Hornstein, Rust, Schattendorf, Nickelsdorf, Pamhagen, Andau, Kobersdorf, Rotenturm, Minihof-Liebau zeigten sich über die überfallsartige Vorgangsweise des Post-Vorstandes empört. Gemeinsam mit Gewerkschaft und SPÖ werden weitere Schritte folgen. So wird jetzt mit einer Unterschriftenaktion der Druck auf Post-Vorstand und den für die ÖIAG zuständigen Finanzminister Pröll erhöht.

Kaputtsparen und Job-Abbau sind keine tauglichen Zukunftskonzepte für

die Post. Die SPÖ Burgenland fordert daher mehr Kreativität und offensive Zukunftsstrategien. Außerdem steht die Schließungswelle des Post-Managements in einem krassen Gegensatz zum derzeitigen Kampf der Bundes- und Landespolitik zur Sicherung des Arbeitsmarktes: Die Beschäftigungs-„Garantie“ des Post-Vorstands gilt nur für 2009 – massive Einschnitte beim Personal sind programmiert. „Das ist gerade in Zeiten stark steigender Arbeitslosigkeit unverantwortlich“, sind sich die Vertreter von SPÖ, Gemeinden und Gewerkschaft einig. Die politische Verantwortung liege bei der ÖVP, die gegen alle Bedenken die Teilprivatisierung via Börsegang durchgezogen hat. Jetzt habe es Finanzminister Pröll als für die ÖIAG zuständiges Regierungsmitglied in der Hand, die Notbremse zu ziehen.

Den falschen Behauptungen, mit denen die neue Schließungswelle gerechtfertigt wird, stehen folgende Fakten entgegen:

→ **UNWAHRHEIT 1:** „Nur unrentable Kleinstfilialen werden geschlossen“: Die Berechnungen der Post AG sind nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil: die Post-Gewerkschaft hat errechnet, dass das gesamte Filialnetz kostendeckend ist, aber durch falsche Zurechnung von „Overhead-Kosten“ belastet wird.

→ **UNWAHRHEIT 2:** „Es geht um die Zukunftssicherung des Konzerns“: Stimmt nicht – es geht dem Post-Vorstand in erster Linie um die Aktionäre. Noch im Vorjahr wurden erhöhte Dividenden ausbezahlt – rund 168 Millionen Euro. Für die SPÖ sind die Interessen der Mitarbeiter und der Konsumenten wichtiger als die der Aktionäre!

→ **UNWAHRHEIT 3:** „Post-Partner sind vollwertiger Ersatz“: Eine Irrefüh-



Selbstbedienungsterminal: Die Zukunft der Post? Foto: Post

*Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!*

*LAbg. Bgm.
Ernst SCHMID
Präsident GVV Burgenland*



Der GVV hat in mehreren Schreiben informiert, dass der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes festgestellt hat, dass Ehrungen, Gratulationen etc. seitens des Landes, aber auch der Kommunen, nach der geltenden Rechtslage unzulässig sind.

Der Verfassungsdienst argumentiert, dass es sich um keine Tätigkeit in Vollziehung der Gesetze handelt. Eine ausdrückliche Ermächtigung für die Verwendung von Meldedaten und Personenstandsdaten zum Zwecke der Gratulationen und Ehrung, so der Verfassungsdienst, ist weder im Meldegesetz, noch im Personenstandsgesetz vorgesehen. Der GVV hat diese Bedenken ernst genommen und wir haben reagiert.

Für die angesprochene Rechtsunsicherheit bei der Ehrung oder Auszeichnung von BürgerInnen durch das Land oder die Kommunen, z. B. bei Geburtstagsgratulationen, Sponsionen u.dgl., wurde jetzt eine landesgesetzliche Regelung geschaffen, die die Weiterführung dieser bewährten und von der Bevölkerung weitgehend akzeptierten Praxis ermöglicht. Bisher war, wie

erwähnt, nicht zur Gänze klar, inwie weit Persönlichkeitsrechte verletzt werden, wenn Landes- oder Kommunalpolitiker zu o. a. Anlässen, Gratulationsschreiben verschicken.

Das war vor allem für unsere fleißigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eine ungelöste Problematik, die nun einer rechtlich einwandfreien Lösung zugeführt wird. Das neue burgenländische Ehrungsgesetz wurde von der SPÖ unter enger Einbeziehung des GVV erarbeitet. Wir haben uns dabei eng an das niederösterreichische Modell angelehnt, denn NÖ ist das einzige Bundesland, das eine derartige Regelung bereits hat.

Die Erfahrungen in Niederösterreich zeigen, dass dieses Modell sehr gut funktioniert. Wir haben daher als Gemeindevertreter jetzt auch im Burgenland die Möglichkeit, die hierzulande gängige Praxis der Ehrung und Gratulation von BürgerInnen auch in Zukunft, ohne Persönlichkeitsrechte zu verletzen, durchzuführen.

Die Kommunen sind jene Einheiten, die den Menschen am Nächsten stehen.

Die Bürgermeister und Vizebürgermeister sind meist auch die ersten Ansprechpartner für alle Probleme. Daher ist eine Gratulation durch Gemeindevertreter bei festlichen Anlässen oder runden Geburtstagen eine durchaus gängige Praxis und eine Einrichtung, die von den Menschen in den Kommunen auch gerne gesehen wird.

Unsere Gemeinden haben im Durchschnitt 1.500 Einwohner und selbst die Landeshauptstadt hat nicht mehr als 15.000 Einwohner. Es gibt also keine großen Ballungsräume, keine anonymen Verwaltungsstrukturen. Jeder kennt jeden und die Spitzen der Kommunen kennen meist fast alle GemeindebürgerInnen.

Daher kann es sich keine Bürgermeisterin, kein Bürgermeister leisten, wichtige Ereignisse bei Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern zu übergehen. Wir als GVV und als SPÖ wollen aber nicht, dass sich unsere Gemeindepolitikerinnen und Gemeindepolitiker hier in einem rechtsfreien Raum bewegen und nicht wissen, ob sie hier in guter Absicht Verwaltungsgesetze übertreten.

Das war ein unhaltbarer Zustand! Das Ehrungsgesetz wird Rechtssicherheit für alle Betroffenen bringen. Wir gehen damit den landesgesetzlichen Weg und ersparen den Kommunen aufwendige Einzellösungen in allen Gemeinden.

Das neue Ehrungsgesetz ist ein Instrument, das es den Gemeindevertretern ermöglicht, eine gängige Praxis weiterzupflegen, den engen Kontakt mit der Bevölkerung zu halten und trotz dem Rechtssicherheit zu haben.

Wir werden als SPÖ und GVV unseren erfolgreichen Weg in der Kommunalpolitik weitergehen und alles unternehmen, um den ländlichen Raum zu stärken.

Euer

der Öffentlichkeit. Tatsächlich funktionieren Post-Partner-Stellen in Einzelfällen – z. B. wenn sie von Gemeinden (Neutal, Siegendorf) betrieben werden. Das kostet die Kommunen sehr viel Geld. Ein vollwertiger Ersatz sind Postpartner aber nicht.

→ **UNWAHRHEIT 4:** „Post-Versorgung bleibt in Zukunft gewährleistet“: Postpartner bieten in den allermeisten Fällen nicht die vollständige Dienstleistungspalette. Außerdem kann ein „Partner“ ohne Angaben von Gründen jederzeit zusperrern – und dann ist die

Postversorgung in der betroffenen Gemeinde ein für allemal weg.

SPÖ: Weitere Schließungen

„In Wirklichkeit geht es um eine breit angelegte Privatisierung des Filialnetzes – die Zeche zahlen die Bürgermeister und die Mitarbeiter“, kritisiert die SPÖ. Außerdem wird es zu weiteren Filialschließungen kommen, wenn der eingeschlagene falsche Weg fortgesetzt wird. Die SPÖ, die betroffenen Gemeinden und die Post-Gewerkschaft fordern daher:

→ Stopp der geplanten Schließungswelle – notfalls durch direkten Eingriff des zuständigen Finanzministers über die ÖIAG

→ Langfristige Zukunftskonzepte müssen die flächendeckende Versorgung sichern

→ Finanzminister Pröll muss für eine Finanzierung des Post-Universaldienstes sorgen

→ Faire Rahmenbedingungen für die Liberalisierung durch ein neues

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Postmarkt-Gesetz (von BM Doris Bures zugesagt) und Branchenkollektivvertrag.

Druck auf Post AG erhöhen

Die SPÖ hat im November einen Dringlichkeitsantrag im Landtag eingebracht, mit dem – gegen die Stimmen der ÖVP und FPÖ – eine Sicherung des derzeitigen Filialnetzes gefordert wird. Daneben gibt's weitere Aktivitäten:

→ SPÖ und GVV haben Resolutionen

zur Verfügung gestellt, die in Gemeinderäten beschlossen werden sollen. Bis jetzt haben sich über 50 Gemeinden bereit erklärt, diese Initiative mit zu tragen.

→ In den betroffenen Gemeinden startet eine Unterschriftenaktion, um den Post-Vorstand zum Einlenken und den Finanzminister zum Handeln zu bewegen. „Je breiter der Widerstand, desto eher wird es gelingen, die Verantwortlichen zurück zum Verhandlungstisch zu bringen“, sagen SPÖ-Klubobmann Illedits und GVV-Präsident Schmid.

Zahlen und Fakten zu den bisherigen Schließungswellen

→ Stand bis 2001: 126 Postämter im Burgenland und insgesamt rund 1.200 Post-Arbeitsplätze.

→ 2001/2002: erste Schließungswelle unter ÖVP-FPÖ – traf 48 Postämter im Burgenland.

→ 2006: zweite Schließungswelle unter ÖVP-BZÖ – 15 Postämter geschlossen.

→ Österreichweit: 1.000 Postämter zugesperrt, 8.000 Mitarbeiter abgebaut.

→ Das Burgenland verlor seit 2000 63 Postämter und 500 Post-Arbeitsplätze.

Strem: Finanzkollaps mit vielen Fragen

Aufgrund von unverantwortlichem Handeln der Gemeindeführung hat die kleine südburgenländische Gemeinde Strem im Schulden von fast 7 Millionen Euro. Selbstkontrolle und Gemeindeführung haben offenbar versagt.

GVV-Präsident Ernst Schmid: „Wir sehen am Beispiel Strem, aber auch bei den Devisenoptionsgeschäften, dass die Gemeindeführung im Burgenland ihrer Aufgabe offensichtlich nicht gewachsen ist. Man muss jetzt ernsthaft über Alternativen nachdenken.“

„Zankapfel“ Seniorenheim

In den vergangenen Monaten haben insgesamt 11 Gemeinden im Burgenland riskante Optionsgeschäfte getätigt, um ihr Gemeindebudget aufzubessern. Die Gemeindeführung unter der Führung von Gemeindeführer Franz Steindl hat sich zunächst „unzuständig“ erklärt und später versucht, diese Auffassung zu stärken und das Versagen der Aufsichtsbehörde zu verschleiern. Im Fall Strem wurde sogar ein Seniorenheim errichtet, obwohl es im Bedarfsplan des Landes vorgesehen war. Jetzt ist Strem mit 7 Millionen Euro überschuldet – bei nicht einmal 1.000 Einwohnern.

Hat Steindl Unwahrheit gesagt?

GVV-Präsident Schmid: „Es ist unglaublich, dass Steindl sogar auf meine konkrete Anfrage bezüglich Strem in der Landtagssitzung vom 19. November 2008 die Situation völlig falsch dargestellt hat. Entweder hat er das Ausmaß nicht gewusst und damit seine Aufsichtspflicht als Gemeindeführer

nicht wahr genommen oder er hat dem Landtag nicht die Wahrheit gesagt!“

Ins selbe Horn bläst SP-Klubobmann LAbg. Christian Illedits: „Ich fordere rund um das Finanzdebakel der Gemeinde Strem volle Aufklärung über die Rolle der Gemeindeführung. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu erfahren, warum Gemeindeführer Franz Steindl alle Warnungen in den Wind geschlagen hat und nicht früher eingeschritten ist. Durch rechtzeitiges Handeln hätte großer Schaden für Strem verhindert werden können.“

Grundstückshandel gesetzeswidrig?

Bezeichnend ist, dass auch rund um die Verkäufe der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke in der Gemeinde Strem viele Fragezeichen aufgetaucht sind.

Bereits anfangs Sommer 2008 (!) wurde seitens der Gemeindeabteilung der Gemeinde quasi „der Auftrag erteilt“, jegliches Gemeindeeigentum zu veräußern, da die Gemeinde Strem ansonsten bankrott sei.

Bis Ende November wurde seitens des Bürgermeister und der ÖVP in dieser Hinsicht nichts unternommen. Erst am Ende des vergangenen Jahres wurde dann aus einem „normalen Verkaufsprozess“ ein „Notverkauf“ samt entsprechend kurzer Ausschreibungsfrist. Nach Intervention eines Ortsteils

von Strem wurde dieser Verkauf gestoppt bzw. der Verkaufsprozess verlängert. Und auch hier kam es offensichtlich zu Ungereimtheiten.

So durften bei der Anbotsöffnung nur Gemeindeführer der ÖVP dabei sein. Kein Vertreter seitens der SPÖ konnte den ordnungsgemäßen Ablauf überprüfen. Warum? Wurden im Hintergrund Preisabsprachen durchgeführt? Wurden der ÖVP nahestehende Personen bevorzugt? Fragen über Fragen. Erschwerend kommt hinzu, dass Teile dieser Grundstücke just von jenen ÖVP-Gemeindeführern gekauft wurden, die bei dieser Anbotsöffnung dabei waren! Und auch bei der Abstimmung in der Gemeindeführung haben diese Gemeindeführer der ÖVP für ihr eigenes Angebot gestimmt ...

Hier gibt es zumindest eine schiefe Optik, wenn nicht sogar ein gesetzeswidriges Vorgehen in der Durchführung dieser Grundverkäufe, und es wird vom Prüfungsausschuss und in weiterer Folge von der Gemeindeführung zur Überprüfung kommen.



SP-Klubobmann LAbg. Christian Illedits: „Strem ist ein Opfer der mangelhaften Aufsicht von LHStv. Steindl.“

Arbeit für Kommunen statt Streit

Kritik an der Vorgehensweise der ÖVP Burgenland und des Gemeindebundes im Rahmen der Bürgermeister- und Vizebürgermeister-Konferenz übt SP-Klubchef Christian Illedits: „Der Steindl-ÖVP geht Parteipolitik weiterhin vor gemeinsamer, konstruktiver Arbeit für das Land.“

Und Illedits präzisiert: „Steindl und die ÖVP Burgenland gefallen sich immer mehr als Ankündigungspolitiker – Verantwortung übernehmen sie aber keine. In Krisenzeiten müssen Taten gesetzt werden.“ Während die SPÖ mit Landeshauptmann Hans Niessl bereits notwendige Schritte gesetzt hat und beträchtliche Mittel zusätzlich bereitstellt, habe die Steindl-ÖVP mit ihrem

„Nein“ zum Budget jegliche Regierungsverantwortung abgelegt. „Die Steindl-ÖVP hat damit auch gegen die wichtigen Konjunkturpakete, wie das Kraftpaket für den Mittelstand, das Infrastruktur-, aber auch gegen das Beschäftigungspaket gestimmt.“

Daher sei es nun endlich an der Zeit, dass die ÖVP-Burgenland sich gemeinsam mit Landesrat Bieler und

zum Beispiel auch mit ihrem Gemeindebundpräsident Mödlhammer für mehr Bundesmittel bei Finanzminister Pröll einsetzt: „So eine konstruktive Arbeit und Vorgehensweise vermisst man bei der ÖVP Burgenland allerdings gänzlich. Mehr Geld vom Finanzminister, um Gemeindeprojekte rascher umsetzen zu können, damit wäre den burgenländischen Gemeinden am meisten geholfen.“

Die SPÖ Burgenland fordert daher die Steindl-ÖVP auf, ihre Oppositionspolitik in wirtschaftlich schwierigen Zeiten endlich zu beenden und gemeinsam mit der SPÖ für die BurgenländerInnen zu arbeiten. ◆

GVV: Gemeinden entlasten, um Konjunkturlage zu verbessern

GVV-Chef Schmid will die Wirtschaft beleben!

„Wenn wir die Gemeinden entlasten, dann hat das einen positiven Effekt auf die Konjunkturlage. Ich schlage daher rasche Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung, etwa durch Änderungen im Bundesvergabegesetz, vor“, so GVV-Präsident Ernst Schmid.

Durch den Abbau von Bürokratie sollen Projekte der Gemeinden rascher umgesetzt werden. Eine Möglichkeit wäre weiters die Änderung des Bundesvergabegesetzes durch den Nationalrat.

Nur durch rasche Investitionen der öffentlichen Hand kann jetzt die Wirtschaft angekurbelt werden. Die Umsetzung vieler Projekte in den Gemeinden könnte durch einen Abbau von Bürokratie beschleunigt werden.

GVV-Präsident Ernst Schmid: „Wir schlagen vor, den Schwellenwert für Direktvergaben von derzeit 40.000 Euro auf 100.000 Euro anzuheben. Dadurch könnten Zeitverzögerungen bei Projekten vermieden werden und es würde rasch in den Kommunen investiert werden.“

Nach Ansicht des GVV Burgenland würden davon vor allem die regionale Wirtschaft sowie Klein- und Mittelbetriebe profitieren. Arbeitsplätze vor Ort könnten so gehalten werden. Rein rechtlich müsste dazu der Nationalrat das Bundesvergabegesetz ändern.

Entsprechende Initiativen werden derzeit auch in Deutschland gesetzt. So wurde dort die Grenze für die Direktvergabe auf 100.000 Euro angehoben, um eine raschere Realisierung von



Durch die Änderung des Bundesvergabegesetzes können etwa Bauvorhaben in den Gemeinden rascher umgesetzt werden.

Bauprojekten voranzutreiben. Missbrauch kann ausgeschlossen werden, da ohnehin bei jeder Vergabe der Gemeinderat entscheiden muss. Auch in Kärnten fordert der Kommunalverband eine solche Änderung. Dementsprechend gehören auch die Wertgrenzen für die anderen Verfahren nach dem Bundesvergabegesetz 2006 angehoben.

GVV-Präsident Ernst Schmid: „Die Änderung des Bundesvergabegesetzes wäre eine kostenneutrale, aber sehr effektive Methode, um der Wirtschaft rasch Aufträge zu verschaffen; und die Kommunen profitieren, weil sie Projekte schneller und unbürokratischer abwickeln können.“ ◆

NACH REDAKTIONSSCHLUSS

dieser Ausgabe von *Neue Gemeinde* wurde seitens des Österr. Gemeindebundes per Presseaussendung angekündigt, dass die Schwellenwerte bei Direktvergaben von derzeit 40.000 Euro auf künftig 100.000 Euro angehoben werden sollen, damit die regionale Wirtschaft angekurbelt wird und Gemeinden bei der Vergabe von Aufträgen flexibler werden.

Der GVV Burgenland möchte darauf hinweisen, dass dies ursprünglich vom SPÖ-Gemeindevertreterverband Burgenland (siehe Artikel links) und dem Kärntner Gemeindebund initiiert wurde. Bundeskanzler Werner Faymann hat – nachzulesen im KURIER vom 24. 3. – eine rasche Umsetzung dieses SPÖ-Vorschlags angekündigt.

Kommunalpolitik: Schwerpunkte

Die Schwerpunkte des GVV Burgenland im Jahr 2009 werden im Bereich Weiterbildung der KommunalpolitikerInnen, bestmögliche Information, Kampf für kommunale Infrastruktur und mehr Finanzmittel für die burgenländischen Kommunen liegen.

GVV-Präsident Schmid: „Die Situation für die Kommunen wird zunehmend schwieriger – Stichwort globale Finanzkrise und demographischer Wandel im ländlichen Raum. Hier müssen wir



Setzt Schwerpunkte: GVV-Präs. Schmid

Gegenmaßnahmen entwickeln, um unsere Gemeinden zu schützen!“

Der GVV Burgenland wird daher auch 2009 alle Anstrengungen unternehmen, um für die Kommunen die finanziellen Rahmenbedingungen optimal zu gestalten. Anfang Jänner gab es bereits eine Strategiesitzung mit den Landesverbänden aus Kärnten, Niederösterreich sowie der Steiermark, um die negativen Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Kommunen zu beraten und Gegenstrategien zu entwickeln. Die Ergebnisse werden in die nächsten FAG Verhandlungen einfließen.

Schmid: „Tatsache ist, dass wir als Kommunalpolitiker finanziell immer weniger Spielraum haben. Dazu kommt der Kahlschlag des ländlichen Raums,

der in vielen Gemeinden die kommunale Infrastruktur zerstört hat.“

Auch hier hat der GVV Burgenland in der Vergangenheit Initiativen gesetzt – Stichwort Kampf gegen die Postamtschließungen (siehe Seiten 1 bis 3 dieser Ausgabe) – und wird diesen Kampf für eine optimale Versorgung des ländlichen Raums auch 2009 fortsetzen. Des Weiteren stehen 2009 die Umsetzung des neuen Kindergartengesetzes sowie die Verhandlungen über eine neue Gemeindeordnung auf dem Programm.

Schmid abschließend: „Anfang Jänner gab es bereits die ersten GVV - Informationsveranstaltungen für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum neuen Kindergartengesetz. Wir als GVV wollen, dass unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker das optimale Rüstzeug bekommen, um die Gemeinden bestmöglich zu verwalten und zu gestalten!“

Ministerbesuche ...

Eine Serie von Antrittsbesuchen des Gemeindebundes bei Ministern setzte sich kürzlich bei Außenminister Dr. Michael Spindelegger fort. Erst jüngst waren Gemeindebund-Chef Mödlhammer, seine Vize-Präsidenten Schmid und Riedl sowie Generalsekretär Hink bei den Ministern Pröll und Stöger vorstellig geworden.

Wie man europäische Themen direkt der Bevölkerung vermitteln kann war einer der Schwerpunkte der Beratungen mit Außenminister Spindelegger. „Bürgermeister sind dabei die wichtigsten Meinungsbildner überhaupt“, so der Außenminister.

Vor allem beim Außenminister gab es eine Fülle von überregional bedeutsamen Themen mit kommunalem Bezug. „Unsere Bürgermeisterreisen nach Brüssel und in die EU-Ratshauptstädte sind eine Erfolgsgeschichte“, berichteten Mödlhammer, Riedl und Schmid dem Außenminister unisono. Spindelegger zeigte sich beeindruckt: „Die BürgermeisterInnen sind enorm wichtige Kommunikatoren zu den Menschen hin“, so Spindelegger. „Wenn die nicht von Europa überzeugt

sind, dann wird es auch nicht gelingen, bei der Bevölkerung dafür mehr Bewusstsein und Akzeptanz zu schaffen.“ Spontan sagte der Außenminister zu, die Patronanz für diese Reisen zu übernehmen.



GB-Vizepräs. Schmid und Riedl sowie GB-Präs. Mödlhammer und Gen-Sekr. Hink bei Außenminister Michael Spindelegger (links), bei Gesundheitsminister Alois Stöger (ganz oben) und bei Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll (oben)

Gratiskindergarten GratisKinderkrippe

Der Sozialdemokratische GVV Burgenland war bei den Verhandlungen zu Gratiskindergarten und GratisKinderkrippe eingebunden. Obwohl es bezüglich des Modells verschiedene Auffassungen gab, wurde zwischen Land, GVV Burgenland, Bgld. Gemeinde- und Städtebund eine Einigung erzielt.

Gratiskindergarten

Das Land wird ab September den Besuch des Kindergartens mit bis zu 45 Euro pro Kind und Monat fördern. Gemeinden können bis 1. September 2009 die Kindergartenbeiträge nach oben oder unten angleichen. Stichtag ist in der Folge jährlich der 1. 9. Eltern werden wie bisher monatlich eine bestimmte Summe für den Kindergarten zahlen, bekommen dann vom Land den tatsächlich bezahlten Betrag bis zu der im Folgenden dargestellten Obergrenze refundiert. Die Obergrenzen sind wie folgt gestaffelt: Wer sein Kind zwischen 20 und 30 Wochenstunden anmeldet, bekommt max. 30 Euro Förderung. Zwischen 30 und 40 Wochenstunden

beträgt die Förderung max. 40 Euro und ab 40 Wochenstunden zahlt das Land max. 45 Euro an die Eltern zurück. Zahlen müssen Eltern aber wie bisher für Mittagessen bzw. Zusatzangebote im Kindergarten. Auch wer sein Kind in einen Kindergarten schickt, der mehr als 45 Euro kostet, wird weiterhin zahlen müssen, aber um 45 Euro weniger als bisher. Dieses Modell gilt für die Zweieinhalb- bis Sechsjährigen. Als Voraussetzungen, um in den Genuss dieses Gratiskindergartens zu kommen, muss sich der Hauptwohnsitz im Burgenland befinden. Die besuchte Einrichtung muss den gesetzlichen Kriterien entsprechen.

Die Gemeinden werden durch die



Gratiskindergarten kommt auch im Burgenland

ses Modell nicht belastet. Die Antragstellung durch die Eltern bei der Familienförderung erfolgt einmal jährlich, ausgezahlt wird halbjährlich.

GratisKinderkrippe

Ab dem 1. September wird es auch für Kinder von 0 bis 3 Jahren, die eine Kinderkrippe besuchen, eine Förderung geben. Die oben angeführten Obergrenzen werden im Fall der Kinderkrippe verdoppelt bis zum Maximalbetrag von 90.- Euro (Anmeldung 40 Wochenstunden in der Kinderkrippe). ◆

Kommunalexperten verstorben

Im März 2009 verstarben zwei verdiente Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kommunalpolitik 67jährig: Dkfm. Dr. Erich Pramböck, Generalsekretär des Österr. Städtebundes a. D.; und WHR Bezirkshauptmann Mag. Dr. Günter Engelbrecht.

Erich Pramböck war von Jänner 1988 bis November 2006 Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. In seiner Amtszeit wurde der Österreichische Städtebund 1988 als

kommunale Interessenvertretung in der Bundesverfassung verankert.

„Erich Pramböck war eine starke Stimme für die Interessen von Österreichs Städten und Gemeinden. Der Österreichische Städtebund trauert um einen großen Kommunalexperten und überzeugten Europäer. Meine ganze Anteilnahme gilt seiner Ehefrau und seinen Kindern“, so Städtebund-Präsident Bürgermeister von Wien, Dr. Michael Häupl.

Günter Engelbrecht wurde am 21. Februar 1942 in Rohrbrunn im Bezirk Jennersdorf geboren, maturierte 1965 in Graz. Nach der Absolvierung der Gerichtspraxis

war er vorübergehend bei der Bezirkshauptmannschaft Oberwart tätig und anschließend in der Arbeiterkammer Burgenland. 1975 erfolgte die Bestellung zum Abteilungsvorstand der Abteilung Soziale Verwaltung beim Amt der Burgenländischen Landesregierung. Von Jänner bis Dezember 1989 leitete er die Abteilung Gesundheitswesen. 1994 wechselte er in die Bezirkshauptmannschaft Mattersburg und wurde am 1. September 1994 zum Bezirkshauptmann ernannt. Am 31. Dezember 2007 trat er seinen Ruhestand an. Mag. Dr. Günter Engelbrecht war verheiratet und Vater dreier Kinder.

WHR Mag. Dr. Günter Engelbrecht habe „sich herausragende Verdienste um den Bezirk Mattersburg erworben und wesentlich zum Aufstieg des Bezirks in Zeiten großer Veränderungen beigetragen“, so LH Hans Niessl. Sein vollstes Mitgefühl gelte der Familie des Verstorbenen.



Dkfm. Dr. Erich Pramböck (links) und WHR Mag. Dr. Günter Engelbrecht (rechts)

Energiesparen ohne Komfortverlust:

Land präsentiert neue Energiesparbroschüre

Wie viele Elektrogeräte habe ich im Haushalt? Wie hoch ist der Energieverbrauch? Ist mein Haus gut oder schlecht wärmege-dämmt? Gibt es tropfende Wasserhähne? Antworten auf diese und ähnliche Fragen liefert die neue „Energiesparbroschüre“ des Landes Burgenland, die auf Initiative von Landeshauptmann Hans Niessl in Zusammenarbeit mit der Burgenländischen Energieagentur und der BEWAG produziert wurde.

„Mit einfachen Tipps oder auch Tricks aus dieser Broschüre kann man selbst dazu beitragen, den Energieverbrauch spürbar zu senken und damit auch Kosten zu sparen. Denn jede nicht verbrauchte Kilowattstunde Strom, jeder nicht verbrauchter Liter Treibstoff und jede nicht verbrauchte Energie fürs Heizen ist die umweltfreundlichste und vor allem die effizienteste Variante des Energiesparens“, betonte LH Niessl anlässlich der gemeinsamen Präsentation des Infolders mit BEWAG-Vorstands-sprecher Ing. Mag. Hans Lukits und dem Technologiebeauftragten des Lan-

des, DI Hans Binder, Geschäftsführer der Burgenländischen Energieagentur.

Die Energiesparbroschüre, die kürzlich allen burgenländischen Haushalten zur Verfügung gestellt wurde, kann und soll helfen, Energie sparsam zu nutzen, unnötigen Energieverbrauch abzustellen, Energie durch viele kleine Maßnahmen ohne Komfortverlust einzusparen und damit der Umwelt, aber auch den eigenen Finanzen, einen großen Dienst zu erweisen.

Weiters wird mit dieser Energiesparbroschüre unter dem Motto „Mitmachen und Gewinnen“ die Energie-



v. l.: Lukits, Niessl, Binder

sparmeisterin oder der Energiesparmeister des Landes gesucht. Voraussetzung ist die Beantwortung von 12 Fragen, die jeder, der diese Broschüre aufmerksam gelesen hat, beantworten kann. Aus den Einsendungen werden 10 Aufenthalte in burgenländischen Thermen verlost. Einsendeschluss ist der 15. Mai 2009.

Darüber hinaus ist für den Herbst dieses Jahres eine Schulaktion geplant, die den Gedanken des Energiesparens im Haushalt, aber auch in den Schulen jungen Burgenländerinnen und Burgenländern näher bringen soll. ♦

Rückenwind für Tourismus

Der Tourismus im Burgenland bleibt ungeachtet der allgemeinen Konjunkturprobleme nach dem Rekordjahr 2008 auch heuer auf Wachstumskurs. „Das zeigt, dass wir auf die richtige Strategie gesetzt haben“, gab Landeshauptmann Hans Niessl, Präsident von Burgenland

Tourismus, kürzlich erfreuliche Nächtigungszahlen bekannt. Demnach ist die Zahl der Nächtigungen im Jänner 2009 um 5,8 % (von 1 15.574 im Vorjahr auf 122.258) gestiegen. Im bisherigen Winterhalbjahr November 2008 bis Ende Jänner 2009 betrug das Nächtigungs-

plus sogar 8,2 %. In Summe konnten in diesem Zeitraum um ca. 31.000 Nächtigungen mehr verbucht werden.

Die Kraftanstrengung des Landes zur Absicherung der Konjunktur mache sich nachhaltig bemerkbar, ist Niessl überzeugt: „Einerseits wird weiter in den Ausbau der touristischen Infrastruktur investiert. Andererseits sorgen wir durch zusätzliche Förderimpulse dafür, dass auch auf privater Seite ein positives Investitionsklima herrscht.“

„Wir müssen weiter in die Qualität investieren, damit das Ziel von 3 Millionen Nächtigungen bis 2013 erreicht werden kann“, so Niessl. Denn das Burgenland könne auch von einem neuen Trend „weg von Fernreisen – hin zum Inlandsurlaub“ profitieren.

Regional betrachtet gab es im abgelaufenen Winterhalbjahr in den Regionen Jennersdorf (+19,1 %), Neusiedler See (+10,9 %), Güssing (+10,2 %) und Oberwart (+9,3 %) die kräftigsten Nächtigungszuwächse. ♦



Burgenländischen Tourismusbetrieben, die in Qualität – etwa in Form einer In- und/oder Outdoor-Poollandschaft etc. – investieren, sehen einer positiven Zukunft entgegen. Der Trend geht weg von Ferndestinationen, hin zum Urlaub im eigenen Land. Seitens des Landes Burgenland gibt es nun auch entsprechende Förderprogramme.

Foto: Burgenland Tourismus

Beratungsangebot im Familienland Burgenland

Das breit gefächerte Beratungsangebot des Familienlandes Burgenland steht den burgenländischen Familien auch im heurigen Jahr mit Rat und Tat zur Verfügung. Landesrätin Verena Dunst: „Für uns ist Familienberatung Berufung und nicht Beruf. Ich kann sagen, dass es für individuelle Anliegen individuelle Beratungen samt individuellen Lösungsansätzen gibt.“

Vom Amt der Bgld. Landesregierung sind in drei Bezirksvororten Beratungsstellen eingerichtet. Den Ratsuchenden stehen in den Beratungsstellen Expertinnen und Experten in sozialarbeiterischer, psychologischer, gynäkologischer und juristischer Hinsicht zur Verfügung.

Dunst: „Das Beratungsangebot der Familienberatungsstellen umfasst alle Belange des familiären Zusammen-

lebens: Fragen zur Familienplanung (Verhütung, Schwangerschaft, Schwangerschaftskonflikte, sexuelle Probleme, etc.), zu Partnerschafts- und Eheproblemen, Fragen zur Erziehung, zum Problemkreis Scheidung (Mediation und juristische Beratung im Scheidungsverfahren, Obsorge und Besuchsrecht) und zum Thema Sekten- und Weltanschauungsfragen. Wir machen die Sorgen der Familien zu unseren Sorgen. Für uns ist jeder einzelne Fall der wichtigste Fall, nur so kann man zu gemeinsamen Lösungen finden.“

Familienberatungsstelle Neusiedl/See

Kardinal Franz König-Platz 1
7100 Neusiedl am See
jeden Mittwoch, 17.00 – 19.00 Uhr
Vor Anmeldung unter Tel. 02167-2521



Familienlandesrätin Verena Dunst

Familienberatungsstelle Mattersburg

Angergasse 1, 7210 Mattersburg
jeden Mittwoch, 17.00 - 19.00 Uhr
Vor Anmeldung unter 02626-62252/4364

Familienberatungsstelle Oberwart

Hauptplatz 1, 7400 Oberwart
jeden Mittwoch, 17.00 - 19.00 Uhr
Vor Anmeldung unter 03352-410/4560

Kinderbus: Wer haftet?

Da der GVV Burgenland von einigen Gemeinden Anfragen bezüglich des Transports von Kindern mit Bussen von und zu den Kindergärten erhalten hat, weisen wir nach Konsultation unseres Rechtsexperten auf Folgendes hin:

Grundsätzlich ist zu bemerken, dass es unterschiedliche Möglichkeiten des Betriebes gibt und daher auch verschiedene Varianten von Haftungen.

Zu unterscheiden sind:

• **Variante 1** – Die Gemeinde ist Auftraggeber, die Transportleistung selbst wird von einem entsprechend konzessionierten Unternehmen erbracht. In diesem Fall wird man davon ausgehen können, dass der Gemeinde prinzipiell keine Haftung – aus dem Titel des Transportes – erwachsen kann. Die Gemeinde muss sich lediglich davon überzeugen, dass das Unternehmen über die entsprechende Konzession verfügt.

Die Gemeinde muss allerdings zur Kenntnis nehmen, dass mit der Bestellung und der Vorgabe von Fahrzeiten und Ein- und Ausstiegsstellen ihr Einfluss endet. Sie darf sich in die internen Angelegenheiten (z. B. Auswahl

der Lenker, Auswahl der Fahrzeuge usw.) nicht einmengen, da eine derartige Einflussnahme eventuell eine Haftung wegen Auswahlverschulden nach sich ziehen könnte.

• Variante 2

a) Gemeinde besorgt den Transport mit eigenem Fahrzeug und Lenker – unentgeltlich. In diesem Fall muss man davon ausgehen, dass die Gemeinde jedenfalls für die Auswahl der Lenker und für den Zustand des Fahrzeuges einzustehen hat.

Der Abschluss einer entsprechend großzügig bemessenen Haftpflicht- und Insassenversicherung ist dringend anzuraten!

b) Gemeinde besorgt den Transport mit eigenem Fahrzeug und Lenker – entgeltlich. In diesem Fall muss geprüft werden, ob die Gemeinde selbst eine gewerbliche Tätigkeit ausübt und daher über eine Konzession verfügen muss. Sollte dies der Fall sein, haftet die Gemeinde als Transportunternehmer entsprechend den einschlägigen Bestimmungen und bedarf jedenfalls einer eigenen Versicherung für den gewerblichen Personentransport.

• Anhaltspunkte wären z. B.:

→ das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben. Ergibt sich nämlich ein Überschuss, muss von einer gewerblichen Tätigkeit ausgegangen werden.

→ Art der Abholung und der Ablieferung z. B. direkt von zu Hause und über Aufforderung z. B. Anruf – hier könnte die Tätigkeit des Taxigewerbes vorliegen.

→ Größe des Fahrzeuges – bei mehr als 8 Plätzen könnte eine Tätigkeit vorliegen, die einer Konzession nach dem Kraftfahrlineiengesetz bedarf.

Fazit: Wie sich aus den obigen Ausführungen ergibt, kommt es bei der Beantwortung der Haftungsfrage auf die näheren Umstände an. Bei Beauftragung eines konzessionierten Unternehmens mit der Erbringung der Transportleistung ist aber kaum mit einer echten Haftung der Gemeinde bzw. der Gemeindeorgane zu rechnen. ♦

Gesundes Dorf: Top mit neuen Partnern

Das Burgenland ist in einem Bundesländervergleich in punkto Vorsorgeuntersuchung ganz eindeutig auf Platz 1.

Die Vorsorgebeteiligung ist 2008 um 11,9 % gestiegen, österreichweit um nur 3,8 %. Österreichweit unterziehen sich 12,2 % der über 18-jährigen einer Vorsorgeuntersuchung, im Burgenland 18,9 %. Um diesen positiven Trend zu verstärken und Nachhaltigkeit zu verleihen, wird die im Jahr 2002 von Landesrat Dr. Peter Rezar erfolgreich realisierte Idee des „Gesunden Dorfs“ nun durch eine Kooperation des Landes mit dem Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) und dem Verein für prophylaktische Gesundheitsförderung (PGA) qualitativ auf eine höhere Ebene gestellt. Durch dieses neue Angebot kommt den Gemeinden und tausenden Burgenländern, die sich aktiv einbringen und gemeinsam entsprechende Initiativen starten, professionelle Unterstützung bei der Ausarbeitung und Umsetzung von gesundheitsfördernden Aktionen zu. Dazu Gesundheitsreferent LR Peter Rezar: „Es ist naheliegend, den Präventionsgedanken direkt vor Ort, wo die Menschen leben und wohnen, zu unterstützen. Durch Prävention lassen sich

Krankheiten verhindern bzw. bei früherer Erkennung auch günstiger behandeln. Es ist mir deshalb ein Anliegen, mit dieser Initiative den Präventionsgedanken noch zu verstärken, den Ausbau der Präventionsmedizin zu fördern und mit Aktivitäten und Aktionen zum Thema Gesundheit auf kommunaler Basis eine dementsprechende und nachhaltige Vorbildwirkung zu erzielen.“

Im Projekt „Gesundes Dorf“, das eine Laufzeit von fünf Jahren hat, geht es konkret darum, Erfahrungen zu nutzen und zu verbreiten, sowie Ideen, die schon in den Köpfen sind, zur Umsetzung zu verhelfen. Damit wird in den Gemeinden ein Prozess gestartet, der dazu führen soll, dass Gesundheit in der politischen Kultur der Gemeinde verankert, die existierende Infrastruktur genutzt und Know-how aufgebaut wird.

Weiters sollen die sozialen Netzwerke gestärkt, die Bürger in alle Phasen der Umsetzung eingebunden, aber auch zu Mitgestaltern und Umsetzern, und nicht nur zu passiven Konsumenten werden. „Für die Förderung der Ge-

WIR PRODUZIEREN

**ZEITUNGEN
MAGAZINE
FILME
WERBUNG
PUBLIC RELATIONS
SONDERPROJEKTE
WEBSOLUTIONS**

für

- ◆ Städte + Gemeinden
- ◆ Verbände + Vereine
- ◆ Gewerbe + Handel + Industrie

**MEDIA & MARKETING
M.+I. Murczek OEG
2491 Neufeld • Lisztg. 2
02624 / 52 10 25
0676 / 610 62 97
murczek@aon.at**

sundheit gibt es kein Patentrezept und sie kann auch nicht ‚von oben‘ verordnet werden. Auch gleicht keine Gemeinde der anderen. Gesundheitsförderung nimmt auf diese Unterschiede Rücksicht und lebt von der Beteiligung der Bürger. Daher ist es mir sehr wichtig – so, wie auch in diesem Projekt vorgesehen –, dass möglichst Viele die Möglichkeit zur Mitgestaltung bekommen und nutzen“, betont Rezar. ◆



(v.l.n.r.): AK Vizepräsident Dr. Milan Kornfeind, Mag. Christoph Hörhan, Leiter Fonds Gesundes Österreich, LR Dr. Peter Rezar, GF Heinz Eitenberger, Verein für Prophylaktische Gesundheitsarbeit, Dir. Mag. Christian Moder, BGKK

Foto: BLMS

Bieler: Mehr Geld vom Bund

Die Länder sind sich einig: „Wir verlangen vorübergehend die finanzielle Gleichstellung beim Defizit mit dem Bund, mehr Geld als die vorgesehenen 70 Millionen Euro für das verpflichtende Kindergartenjahr und auch mehr Mittel für die Fachhochschulfinanzierung“, skizzierte Finanzreferent LR Helmut Bieler die Forderungen der Finanzreferenten der Länder, die sich kürzlich zur Finanzreferentenkonferenz getroffen haben.

Bei diesem Treffen ging es im Wesentlichen um die Themen Öffnung des Stabilitätspakts, mehr Geld für die Länder für das verpflichtende Kindergartenjahr und eine Erhöhung des Beitrags des Bundes an die Länder für die Fachhochschulen. „Das Burgenland“, so Bieler, „erhält heuer aufgrund der schwierigen finanziellen Lage um 18 Millionen Euro weniger an Ertragsanteilen, im kommenden Jahr werden es gar 49 Millionen weniger sein.“ Dieses Minus entsteht durch den Verlust der Ertragsanteile aufgrund des geringeren

Bevölkerungswachstums im Vergleich zu den Ballungsräumen. Abgedeckt soll dieser finanzielle Rückgang durch die Rücklagen des Landes und durch Einsparungen im Verwaltungsbereich, etwa in der Bau- und Bildungsdirektion werden, so der Finanzlandesrat.

Förderungen bleiben unangetastet

Bei den Förderungen werde es auch künftig keine Einschränkungen geben. „Da das Burgenland stabile Finanzen hat, ist der Rückgang der Ertragsanteile zwar dramatisch, aber zu bewältigen“,

zeigt sich Bieler zuversichtlich.

„Der Bund stellt für das verpflichtende Vorschuljahr österreichweit 70 Millionen Euro bereit, dieser Betrag ist für die Jahre 2009 und 2010 befristet. Danach müssten die Länder die Finanzierung übernehmen, das ist aus Sicht der Länder nicht machbar. Finanzminister Josef Pröll hat in dieser Frage lediglich auf die zuständige Staatssekretärin Christine Marek verwiesen“, sagte dazu LR Bieler, ist aber aufgrund des Schulterchlusses der Länder hinsichtlich einer Verlängerung der Finanzierung durch den Bund optimistisch.

Zu keinen Zugeständnissen war Finanzminister Josef Pröll in Sachen Stabilitätspakt bereit. Der innerösterreichische Stabilitätspakt, ein Teil des Finanzausgleichs, verpflichtet die Bundesländer, einen Budgetüberschuss zu erzielen. „Wegen der Einnahmenverluste und der schwierigen finanziellen Situation sehen sich die Länder jedoch nicht in der Lage, Überschüsse zu erzielen“, so LR Helmut Bieler. Er und die anderen Finanzreferenten der Bundesländer wollen nun eine vorübergehende Gleichstellung beim Defizit mit dem Bund.

Fachhochschulkosten valorisieren

Bei den Fachhochschulen verlangen die Länder ebenfalls eine Erhöhung des Bundesbeitrags. „Es hat seit 15 Jahren keine Valorisierung gegeben. Die steigenden Kosten wurden bisher aus den Landesbudgets getragen“, berichtete LR Helmut Bieler. ♦



Finanzreferent Landesrat Helmut Bieler informierte über die kürzlich stattgefundenen Finanzreferentenkonferenz sowie über die Forderungen der Länder dem Bund gegenüber.

um € 500
heizen?

Wer ein ganzes Jahr um nur 500 Euro* heizen will, braucht eine effiziente Lösung. Mit der sinnvollen Nutzung von Erdgas & Solar reduzieren Sie Ihre Energiekosten auf ein Minimum. So schonen Sie nicht nur Ihr Budget, sondern auch die Umwelt. Informieren Sie sich jetzt unter www.begas.at oder 0800/888 999.

* Energiekosten für Heizung und Warmwasserbereitung mittels Erdgasbrennwertgerät und Solaranlage (60% solare Warmwasserdeckung) für ein Einfamilienhaus mit 150 m² Wohnfläche, Haushalt mit 3 Personen, Energiekennzahl 30 entsprechend den Richtlinien der Burgenländischen Wohnbauförderung.

Weitergebildet hat sich eine Gruppe von Gemeinderäten bei einem Seminar des Renner - Institutes und des GVV.

Bildungssprecherin LABg. Doris Prohaska lobte die Einsatz-

• Gut geschult

bereitschaft der Teilnehmer.

Die sogenannte Kommunalpolitische Akademie (KOPAK) – eine Fortbildungsreihe von Gemeindevertreterverband und Renner - Institut – bietet Gemeindevertretern ein maßgeschneidertes Angebot.

GVV-Präsident Ernst Schmid: „Mit der KOPAK haben wir ein ideales Instrument geschaffen, um den KommunalpolitikerInnen der SPÖ die wichtigsten Inhalte für Ihre Arbeit zu vermitteln.“

Alle Seminarangebote der KOPAK können über die GVV - Homepage

www.gvvgld.at/kopak abgerufen werden!

Gefördert wohnen

Mit einem Rekordvolumen von 143 Millionen Euro steht den BurgenländerInnen im Bereich der Wohnbauförderung so viel Förderkapital wie noch nie zur Verfügung. „Mit der Novelle für eine Ökologisierung des Wohnbaus, die seit Juli 2008 in Kraft ist, haben wir einen wichtigen Schritt gesetzt. Wir wollen unsere Vorreiterrolle in diesem Bereich weiter ausbauen und immer wieder verbessern“, so SP-Landtagsabgeordneter Gerhard Pongracz.

Durch die Ökomaßnahmen im Wohnbau konnten alleine 2007 fast 32.000 Tonnen CO2 eingespart. Das entspricht einer Menge von 10 Millionen Liter Heizöl. Pongracz: „Durch die Neuausrichtung der Wohnbauförderung werden wir diesen Trend noch weiter verstärken. Wir können mit den Förderungen die Wirtschaft weiter ankurbeln und auch die rund 11.000 Arbeitsplätze in der Baubranche absichern.“

Das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz wurde von allen vier im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien einstimmig novelliert und ist mit 1. Juli 2008 in Kraft getreten. Herz dieser Novelle ist die Anhebung der thermisch energetischen Mindeststandards bei den Neuerrichtungen aber auch bei den Sanierungen von Einfamilienhäusern auf den Wert eines Niedrigenergiehauses. Pongracz: „Künftig werden somit alle geförderten Wohnobjekte nachhaltig einen spürbar geringeren Energieverbrauch aufweisen und damit einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten.“

Die größte Anzahl an Förderungen gab es im Jahr 2008 für die Nutzung von alternativer und erneuerbarer Energien. Etwas mehr als 2.400 Ansuchen wurden mit nicht zurückzahlbaren Zuschüssen von insgesamt 4,5 Mio. Euro gefördert. ♦

Mit **GRAND TOURS** nach **HAMBURG**

Termin: 18.-20.09.2009 (Fr.-So.)

18.09. ab Wien um 08.30 an Hamburg 10.00
20.09. ab Hamburg 19.00 an Wien 20.30



€ 299.- p.P. Einbettzi.: € 38.-/Nacht

Hotel Panorama Billstedt 4* www.panorama-hotels.de

Leistungen:

- Direktflug Wien - Hamburg - Wien mit Air Berlin
- Alle Flughafentaxen und Gebühren
- 2 x Nächtigung/Frühstück (Buffet) im 4-Sterne-Hotel Panorama Billstedt
- Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen mit Reiseleitung

Infos und Anmeldungen:



GRAND TOURS

A-7552 Stinatz, Waldgasse 1
Tel.: 03358-2033, Fax: 03358-3388
office@grandtours.at, www.grandtours.at

Sommerfrisch



Fotos: BKF

BKF Das Burgenland Fernsehen präsentiert „Sommerfrisch 2009“ mit Feri Tschank und seinem Team. Zeigen Sie das Beste aus Ihrer Gemeinde und präsentieren Sie sich einer breiten Öffentlichkeit. Die schönsten Seiten des Burgenlandes, zu sehen in den Sommermonaten im BKF.

Bei Buchung über den Gemeindevertreterverband erhalten Sie 8 % Rabatt!



SAG'S MIT DEM BKF



Seit Anfang März haben alle BKF-Seher die Möglichkeit, sich über schöne Ereignisse wie Taufen, Hochzeiten, Geburten, Geburtstage oder Jahrestage **gemeinsam mit dem ganzen Burgenland zu freuen.**

BKF-Glückwunsch-Angebot an Mitglieder des Gemeindevertreterverbandes:

52 Glückwünsche um € 999,-
300 Glückwünsche um € 2.999,-

Weitere Infos und Bestellung unter **www.BKF.at**



Liebe Anna & Thomas Meier!
Im Namen der gesamten Gemeinde möchte ich Ihnen recht herzlich zur Hochzeit gratulieren. Mögen Sie viele glückliche Jahre miteinander verbringen.
Ihr,
Anton Huber
Bürgermeister von Kleindorf

Fotos: pixello.de



Willkommen im Leben, kleiner Marci!
Bürgermeisterin Wagner gratuliert ganz herzlich.

Prets: Brustkrebs bekämpfen

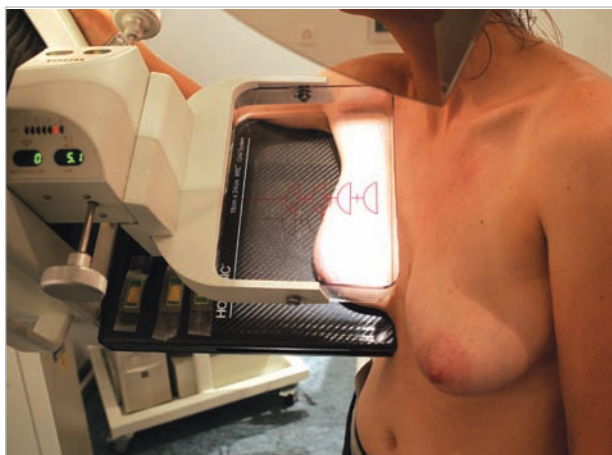


„Brustkrebs-Früherkennung kann Leben retten“, unterstrich die burgenländische SPÖ-Europaabgeordnete Christa Prets bei der Fachtagung Mammographie quo vadis?, die kürzlich im Rathaus Wien stattfand. Dabei verwies Prets auf EU-Leitlinien, die einen Weg zur Früherkennung weisen.

Die Europaabgeordnete verwies in diesem Zusammenhang auf die Dringlichkeit einer flächendeckenden Anwendung der EU-Leitlinien zur Qualitätssicherung der Mammographie. „Derzeit

laufen in elf Mitgliedsstaaten der EU Screeningprogramme. Auch in Österreich, wo zur Zeit in fünf Bundesländern ein Pilotprogramm läuft, ist man auf dem richtigen Weg“, betonte Prets.

Generell sei aber EU-weit ein großer Nachholbedarf in ländlichen Regionen und im Hinblick auf die Schaffung von mehr Bewusstsein



Brustkrebs: Rechtzeitig und regelmäßig zur Mammographie – für viele Frauen in ganz Europa lebensrettend ...

bei sozial schwachen Frauen festzustellen.

„Jährlich erkranken in der Europäischen Union rund 275.000 Frauen an Brustkrebs. Rund 88.000 Frauen sterben pro Jahr daran, das sind 32 Prozent der Neuerkrankten. Jede achte Krebserkrankung in Europa ist somit auf Brustkrebs zurückzuführen – und die Krankheit betrifft leider zunehmend jüngere Frauen“, so Prets. „Die EU spricht sich daher für ein spezielles System für die Einladung zur Mammographie aus. Frauen zwischen 50 und 69 sollen etwa alle zwei Jahre eine Einladung zum Mammographie-Screening erhalten. In weiterer Folge muss eine Doppelbefundung durch Spezialisten durchgeführt werden, die mindestens 5.000 Mammographien pro Jahr beurteilen.“

Auch eine umfassende Qualitätskontrolle der physikalischen und technischen Ausstattung sei selbstverständlich. Prets: „Entscheidend sind daher aus Sicht der EU auch einheitliche Leitlinien für die Ausbildung aller in diesem Bereich tätigen Personen.“



**FACHVERBAND DER
BURGENLÄNDISCHEN
AMTMÄNNER und AMTFRAUEN**
im Fachverband der leitenden
Gemeindebediensteten Österreichs

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wir möchten euch bereits jetzt mitteilen,
dass die diesjährige
61. Jahreshauptversammlung
am Donnerstag, den 18. Juni 2009
in der Wirtschaftskammer Eisenstadt
stattfindet.

Die Einladung mit Tagesordnung und
Rahmenprogramm erfolgt gesondert.

Mit kollegialen Grüßen

Gustav Glatter eh.
Schriftführer Obmann

Ernst Wild eh.

Dornbirn, am 20. Februar 2009

56. Österreichischer Gemeindetag am 10. und 11. September 2009

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
der Vorarlberger Gemeindeverband freut sich, Sie in diesem Jahr
beim Österreichischen Gemeindetag in Lech am Arlberg begrüßen
zu dürfen. Aufgrund zahlreicher Anfragen, über die wir uns sehr
freuen, dürfen wir Ihnen bekannt geben, dass die Anmeldung für den
Österreichischen Gemeindetag mit April 2009 startet. Die
Anmeldung erfolgt in digitaler Form über die Homepage

www.gemeindtag.at

Über einen entsprechenden Link werden Sie dann zur Buchungszentrale geführt. Gerne steht Ihnen auch Lech-Zürs-Tourismus für
Fragen und Auskünfte zur Verfügung.

Der Vorarlberger Gemeindeverband ist gemeinsam mit der
Gemeinde Lech bemüht, für Sie einen interessanten und informativen
Gemeindetag zu organisieren und hofft, dass Sie einen
angenehmen Aufenthalt haben werden. Informationen über den
Ablauf des Gemeindetages, insbesondere auch das breit gefächerte
Rahmenprogramm, halten wir ebenfalls auf der Homepage

www.gemeindtag.at

für Sie bereit.

Namens des Vorarlberger Gemeindeverbandes darf ich Sie deshalb
nochmals sehr herzlich zum Österreichischen Gemeindetag in Lech
am Arlberg, einem der größten Tourismusgemeinden Österreichs,
sehr herzlich einladen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorarlberger Gemeindeverband:

Der Präsident:

Bürgermeister Mag. Wilfried Berchtold

56. ÖSTERR. GEMEINDETAG
LECH AM ARLBERG
10. | 11. SEPTEMBER 2009

Direkt aus dem Parlament von NR Gerhard STEIER:

Steuerreformbeschluss: Entlastung für fast alle

In der Plenarsitzung des Nationalrats vom 1. März d. J. wurden wichtige Gesetze mit Reformcharakter beschlossen. Unter anderem die viel diskutierte Steuerreform. Für Neueinsteiger berichtet NR Gerhard Steier direkt aus dem Parlament.



NRAbg. Gerhard Steier

Die Eckdaten: Das Steuerreformgesetz 2009 beinhaltet Maßnahmen im Gesamtvolumen von 3,06 Mrd. Euro; u.a. Tarifsenkung bei der Lohn- und Einkommensteuer (Umfang von 2,3 Mrd. Euro); die Steuergrenze steigt von 10.000 auf 11.000 Euro; die Entlastungen bringen Steuerpflichtigen im Vergleich zu 2008 jährlich zwischen 149 und 1.350 Euro; Senkung Eingangsteuersatz von 38,33% auf 36,5 % ...

Steier dazu: „Mit der Steuerreform entlasten wir die Menschen, setzen zusätzliche Wachstumsanreize und stärken die Kaufkraft.“ Mit dem Vorziehen der Steuerreform auf 2009 setze die SPÖ ein zentrales Wahlversprechen um. „Uns war es angesichts der Teuerungswelle und der Konjunkturprobleme wichtig, dass die Menschen auf die nötige Entlastung nicht noch ein Jahr warten müssen.“

Rund 88 Prozent der im Hohen Haus Mitte März beschlossenen Steuerentlastungen kommen BeziehernInnen von kleinen und mittleren Einkommen bis 4.000 Euro brutto zugute, betont Steier. 500 Millionen Euro werden zur Entlastung der Familien aufgewandt. Steuerliche Entlastungen sind z.B. mit der Erhöhung des Freibetrags für investierte Gewinne von derzeit 10 auf 13 Prozent auch für die Unternehmen und für Selbstständige vorgesehen.

„Diese Reform wird den Steuerpflichtigen im Verhältnis zu 2008 jährlich zwischen mindestens 149 Euro bis maximal 1.350 Euro zusätzlich bringen – die Stärkung der Kaufkraft wird also für alle spürbar sein“, so Steier.

Die Steuerreform 2009 sei ein ganz wichtiger Impuls zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. „Diese Maßnahmen kommen zum richtigen Zeitpunkt, um jene zu entlasten, die wesentlich zur Finanzierung des Staates beitragen: die

arbeitenden Menschen, die Klein- und Mittelbetriebe“, unterstreicht Gerhard Steier. ♦

NRAbg. Gerhard Steier zur Problematik der illegalen Mülltransporte

Änderung Basler Übereinkommen

Bei der Plenarsitzung des Österreichischen Nationalrats am 1. März im Parlament in Wien kam auf Initiative von Siegendorfs Bürgermeister Gerhard Steier unter anderem das Thema „Änderung des Basler Übereinkommens“ zur Sprache. Beraten wurde, so Steier, eine Adaptierung des sogenannten Basler Übereinkommens: „Damit“, betonte Steier im Hohen Haus, „legen wir Änderungen und Anpassungen von Abfalllisten fest, die jetzt unter anderem Altfahrzeuge, Chromschrott, Teppichböden und andere Abfallarten umfassen.“

Mit dem Basler Übereinkommen wird der grenzüberschreitende Verkehr mit gefährlichen Abfällen und deren umweltgerechte Entsorgung quasi möglichst nahe am Entstehungsort geregelt. Kontrolle und Minimierung der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle sind die Ziele dieses 1989 abgeschlossenen Übereinkommens. Insbesondere geht es dabei um den Schutz von Entwicklungsländern vor Abfallimporten aus Industriestaaten.

Auch wenn sich die Zahl der illegalen Abfallexporte durch die Regelung der Basler Konvention stark verringert hat, ist angesichts des Umfangs der international transportierten Güter eine lückenlose Überwachung der Grenzen unmöglich. NRAbg. Steier zur komplexen Problematik: „Tatsache ist, dass ein Großteil der illegalen Abfallexporte in Entwicklungsländern in Afrika und Asien landet, die über keine Kapazitäten und schon gar nicht über gesundheitsverträgliche Entsorgungstechnologien für die Behandlung derartiger Abfälle verfügen. Die Bilder von Menschen, die in Hinterhöfen ungeschützt diese hochgiftigen technischen Bauteile zerlegen, sind hinlänglich bekannt.“

Bei der Bekämpfung illegaler Abfalltransporte bleibt also immer noch eine Menge an Aufgaben – z. B. verstärkte Kontrollen – zu erledigen, um das Ausfuhrverbot für gefährliche Abfälle konsequent durchzusetzen. Steier abschließend: „Aber auch jeder von uns und jeder Einzelne kann dazu beitragen, indem wir ressourcenschonender leben, das heißt, unseren persönlichen ökologischen Fußabdruck als Konsumenten in einem vernünftigen Rahmen halten.“



Gefährliche Abfälle, Giftmüll, illegal in Entwicklungsländer verbracht – oft sind es Kinder, die damit in Berührung kommen und daran erkranken ...



VERTRAUEN.
SEIT GENERATIONEN
AN IHRER SEITE.

Seit 50 Jahren ist für die BEWAG Versorgungssicherheit ein besonders wichtiges Thema. Durch den permanenten Ausbau und die Optimierung des Stromnetzes verfügt das Burgenland bei der Versorgungsqualität über einen österreichischen sowie europäischen Spitzenwert. So kommt reine Energie seit Generationen sicher und verlässlich in jeden Haushalt.

BEWAG

BEWAG. WIR SIND ENERGIE.

www.bewag.at



I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at
Redaktion: Media & Marketing
M.+I. Murczek OEG
Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.
Herstellung: Kenad&Danek,
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M

Spenden hilft.
PSK 90.175.000 BLZ 60000

volkshilfe.
solidarität leben

Bank Austria
urban group

JET ALLIANCE
urban media

urban media

WIENER
STÄDTISCHE
SOCIAL ACTIVE
Urban Media Group

meinspende.at



Spendenerlagscheine bei Bank Austria, BAWAG PSK und Post AG